Anstoß

NOVEMBER 2023

26.Jahrgang ZEITUNG DER LINKEN IN DER REGION SAALFELD-RUDOLSTADT

DOCH GEHE HIN UND HEBE AUF
DAS KISSEN VON DEM SESSEL,
DU SCHAUST EINE RUNDE ÖFFNUNG DANN,
DARUNTER EINEN KESSEL –

DAS IST EIN ZAUBERKESSEL, WORIN
DIE MAGISCHEN KRÄFTE BRAUEN,
UND STECKST DU IN DIE RÜNDUNG DEN KOPF,
SO WIRST DU DIE ZUKUNFT SCHAUEN –

DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS ERBLICKST DU HIER,
GLEICH WOGENDEN PHANTASMEN,
DOCH SCHAUDRE NICHT, WENN AUS DEM WUST
AUFSTEIGEN DIE MIASMEN!«

SIE SPRACH'S UND LACHTE SONDERBAR,
ICH ABER LIESS MICH NICHT SCHRECKEN,
NEUGIERIG EILTE ICH, DEN KOPF
IN DIE FURCHTBARE RÜNDUNG ZU STECKEN.

WAS ICH GESEHN, VERRATE ICH NICHT,
ICH HABE ZU SCHWEIGEN VERSPROCHEN,
ERLAUBT IST MIR ZU SAGEN KAUM,
O GOTT! WAS ICH GEROCHEN! – – –

AUS HEINRICH HEINE
DEUTSCHLAND, EIN WINTERMÄRCHEN
CAPUT XXVI

Schwebende Toiletten auf einer Baustelle am Alexanderplatz (Berlin)
Foto: November 2023 • Tom

Die Gewählten der ersten vier Plätze auf der Europaliste (v.l.n.r. 1-4)
Foto: DIE LINKE

Die Linke zieht Fazit zum Bundesparteitag 2023

DER AUGSBURGER BUNDESPARTEITAG DER PARTEI DIE LINKE WAR EIN **ECHTES AUFBRUCHSSIGNAL**.

„Gemeinsam schlagen wir ein neues Kapitel auf“, so Martin Schirdewan, Ko-Vorsitzender der Partei Die Linke. Der Europaparteitag stand unter dem Motto „Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. #nurmitlinks“. Auch der frisch gewählte Spitzenkandidat für die Europawahl und Parteivorsitzende Martin Schirdewan zeigte in Augsburg Haltung: „Wenn alle anderen Parteien nach rechts marschieren, dann bleiben wir links. Soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, konsequente Friedenspolitik und klare Kante gegen rechts gehören zur DNA der Linken“. Der Europaparteitag verabschiedete am Sonnabend mit großer Mehrheit das Wahlprogramm zur Europawahl.

Die Stoßrichtung des Programms ist klar: „Wir kämpfen für eine Übergewinnsteuer auf die Krisengewinne der Konzerne, höhere Steuern für Superreiche und eine Vermögensabgabe für Milliardäre. Es gibt kein Recht auf Profit. Aber es gibt ein Recht auf Wohnen, auf Nahrung und auf Energie“, so Schirdewan. Die Delegierten beschlossen zudem eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde. Außerdem fordert die Linke die Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz. Ein entsprechender Antrag wurde in Augsburg mit überwältigender Mehrheit angenommen.

„Wir wollen unsere Partei stärken und weiterentwickeln. Lasst uns den Blick nach vorn richten“, so Schirdewan. Dazu gehört auch eine neue Mitgliederkampagne „Eine Linke für alle“, die Menschen aus Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zusammen mit der LINKEN entwickelt haben, um alle einzuladen, die Rechtsruck und Sozialabbau etwas entgegensetzen wollen. Das Kampagnenvideo sahen allein über die Plattform X bereits mehr als 300.000 Menschen.

Ein neuer Look: Das neue Logo und das neue Corporate Design der Linken, das auf dem Parteitag präsentiert wurde, unterstreicht die Erneuerung. Das neue Logo strahlt nun in einem kräftigen Rot. „Damit wollen wir ein Zeichen setzen. Unser neues Erscheinungsbild ist eine Weichenstellung für die Europawahl, die Kommunalwahlen und die drei Wahlen in Ostdeutschland“, erklärt Schirdewan.

Vor allem aber die Nominierung der Spitzenkandidatin Carola Rackete und des Sozialmediziners Gerhard Trabert machen deutlich, dass DIE LINKE den Neustart wagt. Die Bundesvertreter:innenversammlung der Linken wählte die Klimaaktivistin Rackete am Sonnabend mit mehr als 77 Prozent auf Platz 2. Der Parteivorsitzende Martin Schirdewan wurde zuvor mit fast 87 Prozent auf Listenplatz 1 gewählt. Auf den Plätzen 3 und 4 folgen Özlem Alev Demirel-Böhlke (62,0%) und der Sozialmediziner Gerhard Trabert (96,8%).

„Der Augsburger Parteitag ist der Startschuss für die Erneuerung der Linken“, so das Fazit von Janine Wissler. „Die Konflikte in den letzten Jahren haben uns zunehmend gelähmt und waren nicht mehr aufzulösen. Umso wichtiger, dass der Parteitag nun deutlich gezeigt hat, wie lebendig, wie kämpferisch und entschlossen die Genossinnen und Genossen sind, für unsere Ziele zu kämpfen und mit uns weiterzugehen.“

Die Linke

Neues Logo, neues Design:
Die Linke hat ihr Aussehen verändert. Näheres dazu unter www.lissi.die-linke.de und im nächsten Anstoß. [red]

Die vollständige **Europaliste** der Linken

Platz 1: Martin Schirdewan (86,9%)
Platz 2: Carola Rackete (77,8%)
Platz 3: Özlem Alev Demirel-Böhlke (62,0%)
Platz 4: Gerhard Trabert (96,8%)
Platz 5: Ines Schwerdtner (57,5%)
Platz 6: Martin Günther (55,1%)
Platz 7: Desiree Becker (50,8%)
Platz 8: Alexander Kauz (66,6%)
Platz 9: Lea Reisner (73,9 %)
Platz 10: Lucas Fiola (66,4%)
Platz 11: Hanna Wanke (89.2%)
Platz 12: David Stoop (65,9%)
Platz 13: Tanja Hilton (71.7%)
Platz 14: Finn Luca Frey (49,3%)
Platz 15: Johanna Brauer (68%)
Platz 16: Carsten Schatz (46,7%)
Platz 17: Evelyn Schötz (66.9%)
Platz 18: Reinhard Neudorfer (38,8%)
Platz 19: Marianne Esders (65.8)
Platz 20: Christian Arnd (37,7%)

Gemeinsam die LINKE erneuern

Die Linke

Inflation, Klima, Krieg – Die Krisen drohen uns zu erdrücken. Gleichzeitig sind die Rechten auf dem Vormarsch und die LINKE läuft Gefahr, bei der nächsten Bundestagswahl aus dem Parlament zu fliegen. Das darf nicht passieren. Wir lassen uns nicht länger gegeneinander ausspielen. Eine gerechte Gesellschaft erkämpfen wir nur gemeinsam.

Dafür braucht es eine starke linke Partei, die die Probleme an der Wurzel packt und einen spürbaren Unterschied im Leben der Leute macht. Das hat die LINKE in den letzten Jahren leider nicht geschafft. Daher wollen wir die Partei gemeinsam mit dir erneuern. Damit die Menschen 2025 eine Wahl haben: Weiter nach rechts in die Vergangenheit – oder nach links in eine gerechte Zukunft für Alle. Dafür brauchen wir dich!

Foto: DIE LINKE via www.einelinkefueralle.de

Unsere Vision: Eine Linke für alle

So können wir die LINKE bis 2025 stärken:

1. Gemeinsam gewinnen wir.

Wir sind Kolleg:innen, die Respekt für ihre Arbeit wollen. Wir sind Eltern, Kinder, Auszubildende und Studierende, die für eine lebenswerte Zukunft streiten. Wir sind Migrant:innen, die Gleichberechtigung in allen Aspekten des Lebens einfordern. So verschieden unsere Geschichten auch sind, so wollen wir doch alle das Gleiche: ein freies, sicheres und glückliches Leben. Uns ist klar: Nach unten treten hilft nicht. Vereinzelt sind wir schwach. **Aber wenn wir uns verbünden, können wir gewinnen.**

2. Es geht ums Ganze.

Die Linke ist die einzige Partei, die die System- und Eigentumsfragen stellt: Wer besitzt wie viel und warum eigentlich? Reiche, Konzerne und deren Lobbys dürfen nicht unser Leben bestimmen. Wir müssen neue Spielregeln für Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln. Ein gutes Leben für alle ist möglich: wenn wir Wohnen, Arbeiten, Gesundheit, Ernährung, Mobilität und Energie für das Gemeinwohl organisieren.

3. Wir stehen an deiner Seite.

Mit einem Solidaritätsfonds wollen wir direkt und unbürokratisch helfen. Egal ob drohende Kündigungen wegen Mietrückständen, teures Schulmaterial oder unerwartete Bestattungskosten, für uns ist kein Anliegen zu klein. Wenn wir die Gehälter unserer Europa- und Bundestagsabgeordneten beschränken und Nebeneinkünfte spenden, können wir diese Idee finanzieren. So können wir jene Menschen unterstützen, die von der Regierung im Stich gelassen werden und zeigen: Für uns ist Politik ein Dienst an der Gesellschaft.

4. Neue Menschen für gerechte Politik.

Immer die gleichen Leute in der Politik? Nicht bei uns! Wir sind offen für alle, die vor Ort mit anpacken und die Zukunft der Gesellschaft mitgestalten wollen. Wir möchten neue Menschen in die Politik bringen, denen es wirklich um die Sache geht. Um den Einstieg zu erleichtern, braucht es klare Regeln: zum Beispiel eine Erneuerungsquote. So können wir gezielt Platz für neue Menschen auf unseren Listen schaffen.

5. Für ein gutes Miteinander.

Viele von uns erfahren im Alltag Sexismus und Rassismus. Wer bei uns Verantwortung übernimmt, darf seine Machtposition nicht ausnutzen. Diskriminierung, Ausgrenzung und sexualisierte Gewalt dulden wir nicht. **Wir wollen eine Partei, in der sich alle Menschen sicher fühlen können.**

Was sind deiner Meinung nach die wichtigsten Schritte im Erneuerungsprozess der LINKEN? Wofür sollte sich DIE LINKE in der Zukunft stark machen? Was würde dich dazu motivieren, mit der LINKEN zusammen aktiv zu werden? Bring dich ein, deine Meinung ist gefragt. Näheres hierzu:

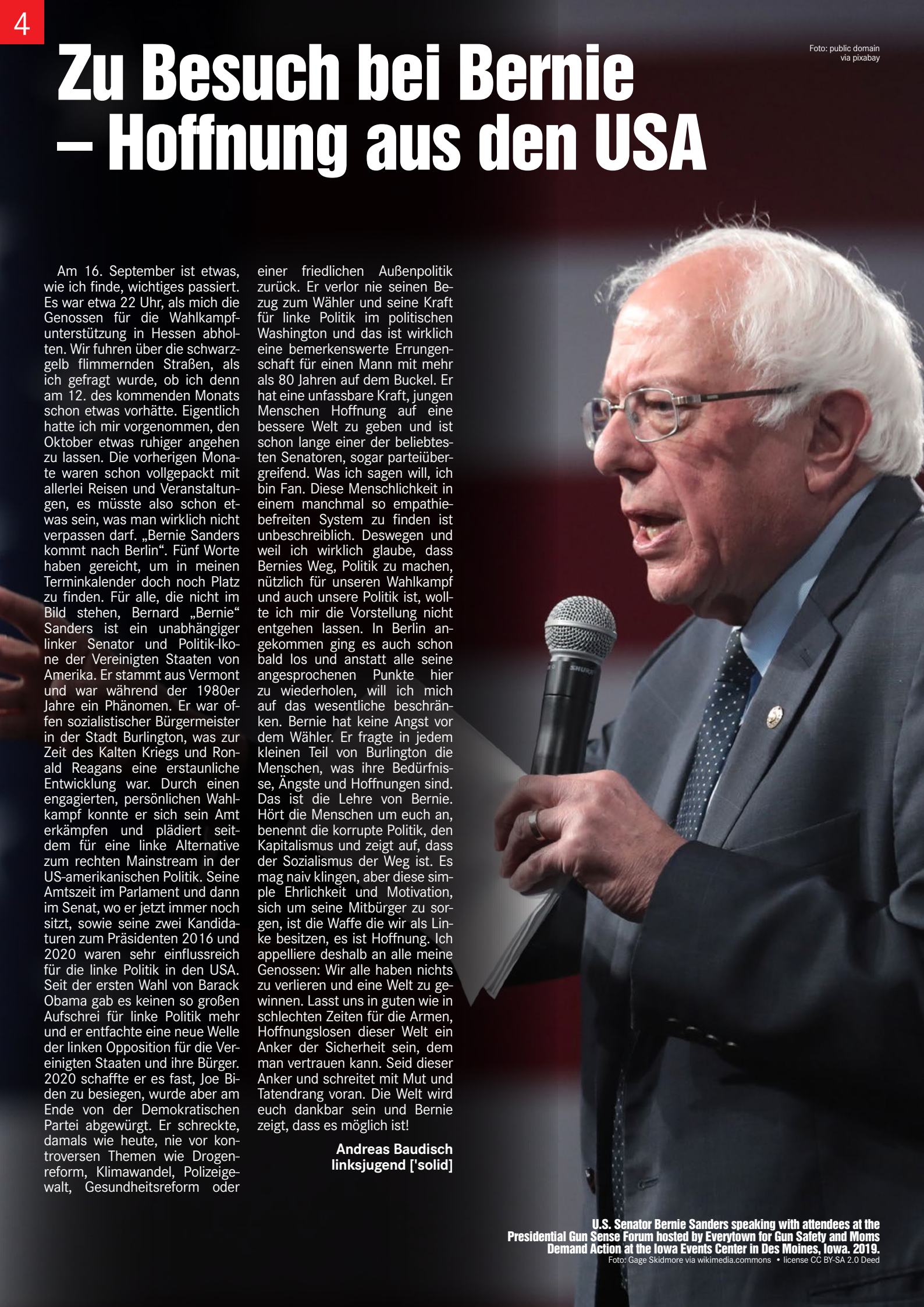
www.einelinkefueralle.de

Zu Besuch bei Bernie – Hoffnung aus den USA

Foto: public domain
via pixabay

Am 16. September ist etwas, wie ich finde, wichtiges passiert. Es war etwa 22 Uhr, als mich die Genossen für die Wahlkampfunterstützung in Hessen abholten. Wir fuhren über die schwarzgelb flimmernden Straßen, als ich gefragt wurde, ob ich denn am 12. des kommenden Monats schon etwas vorhätte. Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, den Oktober etwas ruhiger angehen zu lassen. Die vorherigen Monate waren schon vollgepackt mit allerlei Reisen und Veranstaltungen, es müsste also schon etwas sein, was man wirklich nicht verpassen darf. „Bernie Sanders kommt nach Berlin“. Fünf Worte haben gereicht, um in meinen Terminkalender doch noch Platz zu finden. Für alle, die nicht im Bild stehen, Bernard „Bernie“ Sanders ist ein unabhängiger linker Senator und Politik-Ikone der Vereinigten Staaten von Amerika. Er stammt aus Vermont und war während der 1980er Jahre ein Phänomen. Er war offen sozialistischer Bürgermeister in der Stadt Burlington, was zur Zeit des Kalten Kriegs und Ronald Reagans eine erstaunliche Entwicklung war. Durch einen engagierten, persönlichen Wahlkampf konnte er sich sein Amt erkämpfen und plädiert seitdem für eine linke Alternative zum rechten Mainstream in der US-amerikanischen Politik. Seine Amtszeit im Parlament und dann im Senat, wo er jetzt immer noch sitzt, sowie seine zwei Kandidaturen zum Präsidenten 2016 und 2020 waren sehr einflussreich für die linke Politik in den USA. Seit der ersten Wahl von Barack Obama gab es keinen so großen Aufschrei für linke Politik mehr und er entfachte eine neue Welle der linken Opposition für die Vereinigten Staaten und ihre Bürger. 2020 schaffte er es fast, Joe Biden zu besiegen, wurde aber am Ende von der Demokratischen Partei abgewürgt. Er schreckte, damals wie heute, nie vor kontroversen Themen wie Drogenreform, Klimawandel, Polizeigewalt, Gesundheitsreform oder einer friedlichen Außenpolitik zurück. Er verlor nie seinen Bezug zum Wähler und seine Kraft für linke Politik im politischen Washington und das ist wirklich eine bemerkenswerte Errungenschaft für einen Mann mit mehr als 80 Jahren auf dem Buckel. Er hat eine unfassbare Kraft, jungen Menschen Hoffnung auf eine bessere Welt zu geben und ist schon lange einer der beliebtesten Senatoren, sogar parteiübergreifend. Was ich sagen will, ich bin Fan. Diese Menschlichkeit in einem manchmal so empathiebefreiten System zu finden ist unbeschreiblich. Deswegen und weil ich wirklich glaube, dass Bernies Weg, Politik zu machen, nützlich für unseren Wahlkampf und auch unsere Politik ist, wollte ich mir die Vorstellung nicht entgehen lassen. In Berlin angekommen ging es auch schon bald los und anstatt alle seine angesprochenen Punkte hier zu wiederholen, will ich mich auf das wesentliche beschränken. Bernie hat keine Angst vor dem Wähler. Er fragte in jedem kleinen Teil von Burlington die Menschen, was ihre Bedürfnisse, Ängste und Hoffnungen sind. Das ist die Lehre von Bernie. Hört die Menschen um euch an, benennt die korrupte Politik, den Kapitalismus und zeigt auf, dass der Sozialismus der Weg ist. Es mag naiv klingen, aber diese simple Ehrlichkeit und Motivation, sich um seine Mitbürger zu sorgen, ist die Waffe die wir als Linke besitzen, es ist Hoffnung. Ich appelliere deshalb an alle meine Genossen: Wir alle haben nichts zu verlieren und eine Welt zu gewinnen. Lasst uns in guten wie in schlechten Zeiten für die Armen, Hoffnungslosen dieser Welt ein Anker der Sicherheit sein, dem man vertrauen kann. Seid dieser Anker und schreitet mit Mut und Tatendrang voran. Die Welt wird euch dankbar sein und Bernie zeigt, dass es möglich ist!

Andreas Baudisch
linksjugend ['solid]



U.S. Senator Bernie Sanders speaking with attendees at the Presidential Gun Sense Forum hosted by Everytown for Gun Safety and Moms Demand Action at the Iowa Events Center in Des Moines, Iowa. 2019.
Foto: Gage Skidmore via wikimedia.commons • license CC BY-SA 2.0 Deed

Zu Besuch im Partnerlandkreis

Saarschleife
Foto: Hubert Krawczyk

Die Zugabe war „Hoch Heidecksburg“ und das Publikum klatschte begeistert mit. Ich kam mir vor wie beim Neujahrskonzert der Wiener Symphoniker, nur eben live anstelle Fernsehens. Anlass des Konzerts der Thüringer Symphoniker in der Stadthalle Saarburg am 15. Oktober war der wegen Corona um drei Jahre verspätet begangene 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen den Landkreisen Trier-Saarburg und Rudolstadt im Jahre 1990. Ich gehörte einer kleinen Delegation des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt mit Landrat Marko Wolfram an der Spitze an, die der Einladung des Trier-Saarburger Landrats Stefan Metzdorf (SPD) gefolgt war. Metzdorf hatte bei der Wahl 2021 erstmals den Reigen von CDU-Landräten durchbrechen können. Höchstwahrscheinlich war dies auch der Tatsache geschuldet, dass der bisherige CDU-Landrat als RWE-Aufsichtsrat eine jährliche sechsstellige Entschädigungssumme, die höher als seine Landratsbezüge war, einfach in die eigene Tasche gesteckt hatte. Dass dies ruchbar wurde – daran hatte Kathrin Meß, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im dortigen Kreistag, einen Anteil.

Es gibt eine Fraktion DIE LINKE

Kathrin ist seit 2014 Kreistagsmitglied. Sie erzählte mir während unserer ersten Begegnung 2017 von einigen Schwierigkeiten, denen sie sich als alleinige Gewählte der LINKEN in einem männer- und CDU-dominierten Kreistag stellen muss. Seit der letzten Wahl ist DIE LINKE aber in zweiköpfiger Fraktionsstärke vertreten. Ihren Mitstreiter Ulf Rosche lernte ich diesmal kennen. In unserem Gespräch bei Schnittchen nach dem Festkonzert ging es im Grunde um zwei Themen: Die Zukunft unserer Partei und unser Verhältnis zur AfD. Den beiden war das Entsetzen ins Gesicht geschrieben, als sie erfuhren, dass in unserem Kreistag die AfD-Fraktion die zahlenmäßig stärkste ist.

Diskussionen, Diskussionen

Als ob das noch nicht schlimm genug gewesen wäre: In unsere lockere Runde gesellte sich später der Unterzeichner des Partnerschaftsvertrages und damalige CDU-Landrat Herr Dr. Thomas, jetzt AfD-Fraktion. Es wurde ein interessanter Meinungsaustausch.

Am Abend zuvor hatte sich unsere Delegation mit Mitgliedern des Partnerkreistags getroffen. An unserem Tisch diskutierten Kathrin und ich mit Herrn Franzen, CDU-Kreistagsmitglied Trier-Saarburg und Saalfelds Bürgermeister Herrn Dr. Kania über Gerechtigkeit und Solidarität. Und auch über die Zukunft des „unwirtschaftlichen“ Kreiskrankenhauses – der Kreis musste in den letzten 10 Jahren 50 Mio. € zuschießen. Dessen Kreistag forderte kürzlich Bund, Land und Krankenkassen mit einer Resolution zum Handeln auf. In mehreren Punkten wird beschrieben, vor welchen großen finanziellen Problemen das kreiseigene Krankenhaus in Saarburg steht und was die Gründe dafür sind. Ob die vorgesehen Einbeziehung (privater) Kooperationspartner „mit viel Geld“ die Lösung ist, steht in den Sternen. Unsere Thüringen Kliniken befinden sich dagegen in einer vergleichsweise vorteilhaften Situation.

Ausflugsprogramm und Männerfreundschaft

Begonnen hatte unser Besuch mit einem Stadtrundgang und dem Aufstieg zur Burg. Unvermeidlich schloss er an einem Weinstand an der Saar zwecks Verkostung ab.

Saarburgs Bürgermeister Jürgen Dixius zeigte uns am zweiten Besuchstag mit sichtbarem Stolz die Ergebnisse zehnjähriger Konversionsmaßnahmen auf dem Kasernengelände, von dem die Franzosen damals abgezogen waren. Ein großer Solarpark, am Rande des Gebiets versteckt, liefert die nötige Energie. Weiter ging es per Bus ins Saarland zum Aussichtspunkt an der Saarschleife, auf welchem sich Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder in Frauenbegleitung ihre Männerfreundschaft fotografisch dokumentieren ließen. Heute sind die Frauen andere. Ich konnte übrigens das Ende dieser Geschichte unseres Reiseführers erzählen: Während meiner beruflichen Tätigkeit stieg ich einmal im Hotel Waldesruh in Oberlimberg in der Nähe von Saarlouis ab. Beim Abendessen erkundigte ich mich beim Wirt, wem denn das stattliche Anwesen an der Dorfstraße gehörte. Ich erfuhr, es sei das von Oskar und würde im Volksmund der „Tempel der sozialen Gerechtigkeit“ genannt. Und genau an dem Tisch, an welchem ich gerade saß, hätten sich 1999 Lafontaine und Schröder zerstritten und seien in entgegengesetzte Richtungen davongefahren. Was ist Wahrheit, was Legende? Zumindest haben sich die beiden zum Missfallen des medialen Anti-Russland-Mainstreams anlässlich Oskars achtzigsten Geburtstags miteinander ausgesprochen und sich scheinbar versöhnt.

Das Schengener Abkommen

Der Höhepunkt unseres Ausflugs war aus europapolitischer Sicht gesehen natürlich der Besuch des kleinen Ortes Schengen in Luxemburg, bequem zu Fuß über die Mosel nicht weit vom Länderdreieck mit Frankreich zu erreichen. Durch eine dicke Traube von Menschen auf einem internationalen Straßenfest begaben wir zum Denkmal für das Schengener Abkommen.

Das Abkommen wurde am 14. Juni 1985 auf einem Schiff am luxemburgischen Moselufer unterzeichnet. Es bezeichnet eine Vereinbarung, auf Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Staaten zu verzichten, die dem Abkommen beigetreten sind.

Es war an diesem sonnigen und friedlichen Sonntag mit Menschen aus aller Herren Länder schwer zu begreifen, dass am anderen Ende Europas Krieg ist. Was Israel und Gaza bevorstand, konnten wir noch nicht wissen.

Hubert Krawczyk

Fraktionsvorsitzender im Kreistag

Zentrum Saarburgs
Foto: Hubert Krawczyk

Denkmal Schengener Abkommen
Foto: Hubert Krawczyk

DEMOKRATIE 2023 KONFERENZ

KONFERENZ DER LOKALEN PARTNER-.. SCHAFT FÜR DEMOKRATIE

Die Konferenz der lokalen Partnerschaft für Demokratie Saalfeld-Rudolstadt (PfD) war in diesem Jahr eine ganz besondere. Sie stellt nämlich nicht nur junge Menschen und deren Themen in ihren Mittelpunkt, sondern sie war auch verknüpft mit dem seit 2021 durchgeführten Jugendbeteiligungsevent sowie dem Jahreskongress der Thüringer Kinder- und Jugendgremien.

In unserem Landkreis entstand 2016 im Rahmen der PfD ein Jugendforum und 2020 eine Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung. Mittlerweile engagieren sich über 40 Jugendliche aus dem gesamten Landkreis im Jugendforum und die Nachfrage wächst. Es soll auch ein U14-Jugendforum entstehen.

Ich hatte zur Demokratiekonferenz an zwei Veranstaltungen teilgenommen. Der sogenannte Workshop (früher: Seminar) stand unter dem Motto: „Vielfältig, nachhaltig, demokratisch: Kommunale Jugendbeteiligung als Zukunftsfaktor“. Die Moderatorin fragte u.a.die Jugendlichen und die Erwachsenen, ob sie die Jugend für kompetent genug hielten, um an politischen Entscheidungen mitzuwirken. Das Ergebnis verblüffte: Während die Erwachsenen dies komplett bejahten, meinten die Jugendlichen: teils-teils. In der Auswertung erwies es sich, dass die beiden Gruppen aus unterschiedlicher Perspektive geurteilt hatten. Die Jugendlichen taten es im Verhältnis auf die zu entscheidende Sachfrage und man kann ja nicht in allem kompetent sein. Die Erwachsenen sahen dies zwar ebenso, machten es aber nicht zum Kriterium für ihre Abstimmung. Denn man spricht ja auch inkompetenten Erwachsenen nicht das Recht zu Mitwirkung ab.

Apropos Mitwirkung

Die zweite Veranstaltung „Jugendhilfeforum meets (für Leser ohne Denglisch-Kenntnisse: „trifft“) Jugendhilfeausschuss“ war von Abwesenheit aller(!) der von ihren jeweiligen Kreistagsfraktionen entsandten Jugendhilfeausschuss-Mitglieder geprägt. Das Fähnlein des Ausschusses mussten somit zwei Vertreter der Freien Träger hochhalten, ich war nur als Ex-Mitglied zugegen.

Das Jugendforum hatten sich auf das Treffen gut vorbereitet und aus einer Sammlung vielfältiger Themen zwei Schwerpunkte gesetzt: Rechtsextremismus, insbesondere in der Schule, und Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen in den Kommunen.

Schnell wurden wir uns einig, dass es bei der Jugendbeteiligung im kommunalpolitischen Geschehen des Landkreises nicht mit der Zuweisung eines Sitzes im Jugendhilfeausschuss getan ist. Schon im vorangegangenen Workshop hatte die Moderatorin den Prozesscharakter von Beteiligung überzeugend dargestellt. Schlussfolgernd daraus muss es jetzt zu einem aufeinander Zugehen und dauerhaftem Dialog zwischen Forum und Ausschuss kommen. Das Jugendforum hatte dem Ausschuss schon vor der Veranstaltung einige Empfehlungen zukommen lassen. Dazu zählen dessen jugendgerechtere Arbeitsweise unter Verwendung verständlicher Sprache in Schriftsätzen sowie niederschwellige Teilnahmemöglichkeiten für junge Menschen durch Anpassung der Tagungszeiten und -orte, z.B. in Jugendklubs. Dazu gehören auch gemeinsame Diskussionen mit Jugendlichen vor Ort, damit deren Interessen und Handlungsbedürfnisse besser aufgenommen werden können. Ich kam dabei nicht gut an mit meiner Auffassung, dass die beklagte jugendliche Unkenntnis über die Ausschussarbeit auch durch eigene Anstrengungen vermindert werden könnte, z. B. durch Besuch der öffentlichen Ausschusssitzung.

Gegen Rechtsextremismus

Als Beitrag des Jugendhilfeausschusses zur Bekämpfung von Rechtextremismus empfiehlt das Jugendforum im Wortlaut:

1. Explizite Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses und der in ihm vertretenen Träger gegen Rechtsextremismus

Hierzu meinte ich, dass wir in solchen Erklärungen nicht beim Allgemeinen bleiben dürfen, sondern Klartext gesprochen werden muss: Wie viele Vorfälle von dokumentierten Übergriffen hat es gegeben, wo sind sie aufgetreten. Es reicht nicht, sich lediglich auf in Interviews erfragte Ängste, Befürchtungen, Mutmaßungen und Glaubensbekenntnisse zu stützen. Ein Vertreter des Jugendforums meinte daraufhin sinngemäß, man habe auf Konkretes bisher verzichtet, um bisherige Opfer nicht zu gefährden. Das erscheint mir nicht als geeignete Argumentation für den Verzicht darauf, die Öffentlichkeit auf die Gefahren rechtsextremistischer Gewalt aufmerksam zu machen.

2. Gewährleistung von Handlungssicherheit der Sozialarbeit im Umgang mit Rechtsextremismus

Gemein ist hier die Handlungssicherheit in der Kommunikation zu den entsprechenden Stellen (im Volksmund auch „Melden“ genannt) bei Vorfällen. Dazu ist lt. Antwort des Landrats auf unsere diesbezügliche Anfrage das Jugendamt bereits beratend tätig.

3. Stärkere Berücksichtigung von Präventionsprogrammen in der Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit.

Anwesende Jugendliche aus einem Gymnasium beobachteten in ihrem Umfeld einen Anstieg bei der Verbreitung rechtsextremer Sprüche und Symbole, sowohl vor Ort als auch über die „sozialen Medien“. Auffällig sei, dass sich kaum jemand dagegen wehrt, Lehrerinnen und Lehrer seien verunsichert, wie sie mit solchen Entgleisungen umgehen sollen. Das führte in der Diskussion zur Erkenntnis, dass dieser Berufsgruppe solche Präventionsprogramme stärker angeboten werden sollten. Aber wer wird dies tun?

4. Stärkere Förderung der mobilen Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit – mindestens eine Stelle pro Schule

Der Jugendhilfeausschuss hätte dies schon gern umgesetzt, es geht aber nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel. So gibt es Schulsozialarbeit derzeit an 23 von 43 Schulen. In den Jahren 2013 und 14, also in der Regierungszeit von Christine Lieberknecht (CDU), hatte der Landkreis für die sich damals noch schulbezogen nennende Jugendsozialarbeit 103 bzw. 295 T€ erhalten. Die Landesförderung ist unter Rot-Rot-Grün deutlich gestiegen, 2014 bis 2019 waren es schon zwischen 425 und 477 T€, 2023 schlugen 1.038 T€ zu Buche. Zuzüglich der Eigenmittel des Landkreises fließen in diesem Jahr somit 1.214 T€ in die Schulsozialarbeit.

Mein Fazit

Für mich mich waren es an diesem Nachmittag zwei erkenntnisreiche Veranstaltungen. Ich übersehe dabei allerdings nicht, dass die anwesenden Mitglieder des Jugendforums und die Gymnasiasten nicht die Jugend in ihrer Gesamtheit und Vielfalt vertreten haben. Auch bin ich mir nicht sicher, in welchem Maße der Rechtsextremismus wie dargestellt eine Ursache für Abwanderung aus dem ländlichen Raum in der Breite der Jugendlichen bildet. Stärker wirken dürften da eher die besseren Möglichkeiten für weiterführende Bildung und Ausbildung und die Beschäftigungsperspektiven in den größeren Städten.

Hubert Krawczyk

Fraktionsvorsitzender im Kreistag

BERICHT VOM SAALFELDER STADTRAT

Die Saalfelder Stadtratssitzung befasste sich am 1. November mit einer sehr schwierigen, aber auch notwendigen Zukunftsaufgabe, dem Brandschutzbedarfsplan.

Der Brandschutzbedarfsplan stellt ein Brandschutzkonzept dar, in dessen Inhalt die Verteilung der Technik unter Berücksichtigung der Einsatzzeiten und die dafür notwendige organisatorische Struktur der Feuerwehr dargestellt wird, um dem Ziel des Brand- und Katastrophenschutzes vollends gerecht zu werden. Die Saalfelder Feuerwehr wird sich zukünftig zu einer Berufsfeuerwehr mit ca. 32 hauptamtlichen Kameraden entwickeln. Der Brandschutzbedarfsplan ist sehr komplex und basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Großen Respekt muss den Erstellern gezollt werden sowie den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, die fachlich beratend unterstützen und einiges Votum für diesen Plan abgaben. Das ist nicht selbstverständlich, da der Ausbau zur Berufsfeuerwehr viele Fragen der „Freiwilligen“ tangiert.

Die Umsetzung erfordert, wen wunderts, eine Menge Geld, geschätzte Kosten ca. 37 Mio. EUR in den nächsten Jahren. Vergleichend hierzu, der Saalfelder Gesamthaushalt für 2023 beläuft sich auf 80,4 Mio. EUR.

Schon in einer weiteren Beschlussvorlage zur Beschaffung eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeugs offenbarte sich das finanzielle Problem, da hier die Preise explodiert sind. Das Land Thüringen unterstützt den Kauf mit 125.000 EUR, die geschätzten Anschaffungskosten liegen bei 750.000 EUR. Vor zwei Jahren hätte die Summe wohl für zwei Fahrzeuge ausgereicht.

Belegend für die höchst angespannte finanzielle Situation ist ein weiterer Beschluss zur Aufnahme eines Kredits von 2 Mio. EUR zur Sicherung des Haushaltes in 2023.

Ein weiterer Beschluss kommt für den Beobachter überraschend. Es handelt sich um die Mitgliedschaft im Naturpark Thüringer Wald e.V., die vor kurzem erst aufgekündigt wurde. In Neuverhandlungen mit dem Verein wurde für beide Seiten eine vorteilhafte Zusammenarbeit generiert, die eine neue Mitgliedschaft rechtfertigt.

Trotz aller finanziellen Probleme darf aber auch gefeiert werden. Im nächsten Jahr steht ein Festjahr an zu „1125 Jahre Ersterwähnung Saalfelds“. Man darf sich auf ein umfangreiches Festprogramm freuen, das für jeden etwas bereithält.

Sven Kurzhauer

WAS IST EINE POLITISCHE VERANSTALTUNG?

Ich gestehe, dass ich als Stadtratsmitglied in Rudolstadt im Jahr 2010 mir die beschlossene Miet- und Benutzungsordnung für Überlassung von Räumen, Anlagen und Freiflächen in öffentlichen Einrichtungen, Verwaltungseinrichtungen und Schulen vorher nicht genau genug durchgelesen hatte. So stieß ich erst nach deren Veröffentlichung im Amtsblatt auf den Passus, dass von der Zugangsberechtigung zu den genannten Objekten u. a. ausgeschlossen ist: „Die Durchführung politischer Veranstaltungen“.

Das verleitete mich aus irgendeinem Anlass, in der Hauptausschuss-Sitzung vom 26. Oktober 2013 den Vertreter des Bürgermeisters zu fragen, was denn politische Veranstaltungen seien. Im Sitzungsprotokoll ist vermerkt: „Das kann ich nicht beantworten“. Er werde sich aber danach erkundigen. Mit dem Ergebnis: Politische Veranstaltungen im Sinne der Satzung sind von Parteien und Wählergemeinschaften organisierte und getragene Veranstaltungen.

Der mdr bietet folgende Erklärung in einfacher Sprache an: „Auf den politischen Veranstaltungen wird über Politik geredet“. Aha.

Nichts Genaueres weiß man also nicht. Deshalb ging ich in Vorbereitung auf die Oktober-Stadtratssitzung beim wissenschaftlichen Dienst des Bundestages auf die Suche und wurde auch nicht fündig. Dieser hatte vor fünf Jahren zum Thema „Ausschluss politischer Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen“ ein Traktat verfasst. Daraus geht gleichfalls lediglich hervor, dass sich der Terminus „Politische Veranstaltung“ auf Parteien als Veranstalter bezieht. Politische Veranstaltungen sind somit Veranstaltungen, die von Parteien getragen oder durchgeführt werden. Ob dort über Politik geredet oder leiblichen Gelüsten gefrönt wird, spielt dabei gar keine Rolle. Und anders herum gilt: Wird beim Fasching die Regierung durch den Kakao gezogen, ist das keine politische Veranstaltung.

Keine politische Veranstaltung am Bismarckturm (Geschwister-Scholl-Turm)

Mit diesem Wissen meldete ich mich in der Stadtratssitzung in der Diskussion des Vertragsentwurfs zur unentgeltlichen Überlassung des Bismarckturms (Geschwister-Scholl-Turm) auf dem Grundstück der Stadt Rudolstadt an den Kreisverband des Kulturbundes zu Wort. Dieser hat es sich zum Ziel gesetzt, mit seiner Abteilung des Freundeskreises Bismarckturm den historisch bedeutsamen, aber stark beschädigten Turm zu sanieren und für die Öffentlichkeit wieder begehbar zu machen – eine höchst lobenswerte Initiative, so sagte ich es für unsere Fraktion. Um für die Sanierung Fördermittel beantragen zu können, braucht es allerdings auch einer vertraglichen Grundlage zwischen den Beteiligten. Eine temporäre Nutzungsüberlassung des Grundstücks oder Turms für Veranstaltungen an Dritte bedarf dabei jeweils der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung der Stadt, so der Vertragsentwurf. Die Durchführung politischer Veranstaltungen und die Überlassung des Geländes an Parteien und Wählervereinigungen wird dabei grundsätzlich ausgeschlossen und damit der Missbrauch für politische Zwecke. So jedenfalls die Meinungen von Bürgermeister Jörg Reichl, der wörtlich sagte: „ Ich glaube, wir wissen alle, was wir dort nicht wollen“. Stadt-Justiziar Steffen Lutz ergänzte, „dass man eine politische Ausrichtung dort ausschließen will“. Jedoch: „Eine mögliche Nutzungsüberlassung würde ohnehin der ausdrücklichen Genehmigung seitens der Stadt bedürfen“, machte der Bürgermeister selbst deutlich.

Mein Widerspruch

Für mich war dies Anlass zu meinen, es reiche, es allein bei der Formel zu belassen, dass keine Überlassung an Parteien und Wählervereinigungen erfolgen darf. Denn lässt man „politische Veranstaltungen“ im Vertragsentwurf stehen und interpretiert diese im Sinne von Bürgermeister und Justitiar, dürfte am Turm nicht einmal der Bundespräsident in seiner Diensteigenschaft reden. Es dürfte dann an diesem Ort auch keine Bildungsveranstaltung über das Verdienst Bismarcks bei der Sozialversicherung und dessen Schande beim Sozialistengesetz oder über die Widerstandskämpfer Sophie und Hans Scholl geben. Unerwünschte Veranstalter könnten im Zuge des städtischen Genehmigungsverfahrens, wie schon gesagt, trotzdem abgewiesen werden.

Der Wille des Bürgermeisters wog beim Stadtrat aber schwerer als Logik.

Hubert Krawczyk
Rudolstadt

HEISSER HERBST 19

THÜRINGEN VOR 100 JAHREN: HISTORISCHE DOKUMENTATION - TEIL 2/3

Bei der Beurteilung dieses Geschehens und auch des Verhaltens der führenden Genossen beider Parteien ist davon auszugehen, dass die Koalitionsregierung von SPD und KPD in Thüringen unter äußerst ungünstigen Bedingungen agieren musste. Leider hat es die SED-Geschichtspropaganda bei dieser Problematik an Objektivität der Betrachtung weitgehend fehlen lassen.

1. Der Zustand der beiden Regierungsparteien und auch ihr Verhältnis zueinander waren sehr widersprüchlich:

Die Mehrheit der Thüringer Sozialdemokraten stand traditionell relativ links. Im Unterschied zum Zentralvorstand der SPD verstanden und bekannten sich die führenden Thüringer Genossen als Marxisten und bemühten sich um eine fundierte Analyse der konkreten Klassenkampfsituation im Freistaat. Auch viele sozialdemokratische Funktionäre aus der hiesigen Region hegten große Vorbehalte gegenüber der 1923 auf Reichsebene mit SPD-Beteiligung gebildeten Großen Koalition unter Kanzler Stresemann, und es regte sich Ummut über den Kurs des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert. So titelte der Leitartikel des sozialdemokratischen „Saalfelder Volksblatt“ mit der Schlagzeile „Fort mit dem Belagerungszustand“. Anfang November 1923 hat eine Funktionärssitzung der SPD in Saalfeld eine Entschließung angenommen, die sogar auf Eberts Parteiausschluss aus der SPD zielte.[8]

Viele Kommunisten sahen ihr politisches Handeln noch in der Bebelschen Parteitradition und sympathisierten auch mit den Reformvorhaben der Thüringer SPD. Klare Bekenntnisse zum proletarischen Internationalismus und zur Sowjetmacht mischten sich mit Sorge und Skepsis gegenüber den in Sowjetrussland aufkommenden Herrschaftspraktiken. Bei den KPD-Funktionären in Thüringen dominierte damals ein pragmatischer und realpolitischer Politikstil, der von der Berliner Parteizentrale mehrmals scharf als „Opportunismus“ und „Sozialdemokratismus“ kritisiert worden ist.

Die Absicht, eine fortschrittliche Arbeiterpolitik zu machen, ermöglichte vor allem im lokalen Milieu viele gemeinsame Aktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten. Als es um die Arbeiterregierung in Thüringen ging, sind zahlreiche Sympathiekundgebungen organisiert worden. So haben z. B. am 21. Oktober in Saalfeld und tags darauf in Rudolstadt gemeinsame Versammlungen von KPD und SPD für die geeinte Arbeiterregierung stattgefunden. Die Rudolstädter Teilnehmer trafen sich zuerst im „Adler“. Wegen Überfüllung musste dann in den „Krug“ umgezogen werden, wo die Redner Kauder aus Saalfeld für die SPD und Hertz aus Jena für die KPD gesprochen haben. In einer ähnlichen Veranstaltung wurde am 25. Oktober im Allianzhaus Bad Blankenburg von den Anwesenden eine Entschließung angenommen, in der die Thüringer SPD-KPD-Koalition einmütig unterstützt wurde.

Neben Gemeinsamkeiten bestanden jedoch zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten auch weiter kontroverse Positionen. Die Differenzen hingen stark mit bestehenden Unklarheiten über das Wesen der angestrebten Arbeiterregierung zusammen. Selbst in der KPD wurde damals gestritten, ob eine solche Regierung ein demokratisches Mittel zur Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft oder bloßes Pseudonym für „Diktatur des Proletariats“ im Verständnis Lenins[9] sei.

2. Die politische Reaktion war nach wie vor im Besitz der ökonomischen und politischen Macht in Deutschland und hatte sich alsbald auch in Thüringen unter dem Schlagwort „Ausrottung des Marxismus“ als eine militante Einheitsfront gegen die Arbeiterparteien formiert. Neben den berüchtigten Freikorps formierten sich „Einwohnerwehren“. Das Garnisonskommando Rudolstadt hatte sich schon seit August 1919 um die Bildung von Zeitfreiwilligenverbänden bemüht. Besonders aktiv in unserer Region wurden die Deutschnationale Volkspartei, der Thüringer Landbund, die „Organisation Escherich“ (Orgesch), ein republikfeindlicher Selbstschutzverband, und der rechtsextremistische Jungdeutsche Orden. Dieser Orden, der oft mit nationalistischen und antisemitistischen Aktivitäten öffentlichkeitswirksam wurde, hatte auch z. B. in Bad Blankenburg eine Ortsgruppe unter der Leitung von Otto Greiner.

Die reaktionären Kräfte in Thüringen zeigten offene Sympathie für die faschistischen Umtriebe in Bayern. Ein Sonderberichterstatter der in Rudolstadt erscheinenden bürgerlichen Landeszeitung verharmloste die in Coburg stationierte Freikorps-Truppe der berüchtigten Brigade Ehrhardt, die an allen konterrevolutionären Aktionen seit 1918 beteiligt gewesen war. Der Reporter behauptete, die Truppe sei nicht schwerbewaffnet, sondern bestünde nur aus Halbwüchsigen, die mit Pistolen bewaffnet als Nothelfer der Landespolizei wirken würden.[10] Rechtsgerichtete Thüringer Stu-

VERBLÖDUNG

Annalena Baerbock hält am 22. September in Augsburg eine Rede zur Unterstützung der Grünen zur Wahl in Bayern.

In ihrer Rede sagt sie: „Auch ich weiß, wie viel teurer der wöchentliche Einkauf mittlerweile geworden ist. Aber wir wissen alle genau so, wenn wir sagen würden, ‚jetzt hören wir auf, die Ukraine zu unterstützen‘, dann wird die Butter ja nicht wieder billiger."

Ja, wer bezahlt die kriegsverlängernden Waffenlieferungen?

Die Preise werden ja nicht im Himmel oder durch ein „höh`-res Wesen“ gemacht, sondern auf Erden durch die herrschende Politik, und da ist Frau Baerbock mit dabei!

Ich für meinen Teil lasse mich von Baerbock nicht verblöden

schreibt an den Anstoß

Klaus Biedermann

ARBEITSEINSATZ BUND IN OBERPREILIPP

Die BUND-Ortsgruppe Rudolstadt hat sich an zwei Sonnabenden zum Arbeitseinsatz getroffen. Auf dem alten Weinberg (Naturdenkmal) in Oberpreilipp wurde der Bewuchs abgemäht.

Damit der ökologisch wertvolle Magerrasen bestehen bleibt, musste alles abgeharkt und für den Abtransport durch das Landratsamt auf einen Haufen nach oben auf den Berg geschleppt werden.

DIE ANSTOSS-REDAKTION FINDET DAS SUPER UND SAGT DANKE AN DIE EHRENAMTLICHEN UMWELTSCHÜTZER:INNEN

23 AM SAALEBOGEN

denten und Gymnasiasten unterbrachen ihre Ausbildung und zogen in Gruppen nach Bayern zur militärischen Ausbildung für die Konterrevolution. Der Vorstand des Thüringer Landbundes erklärte am 4. November 1923: „Mit Neid blickt das Thüringer Landvolk auf die geordneten Verhältnisse im Nachbarlande Bayern…“[11]

3. Zwischen dem 26. September 1923 und dem 28. Februar 1924 bestand für die gesamte Weimarer Republik ein vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert ausgerufener militärischer Ausnahmezustand. Damit ging die vollziehende Gewalt im Reich an den Reichswehrminister und seine Befehlshaber in den Wehrkreisen über. Thüringen gehörte zum Wehrkreiskommando V, welches General Reinhardt[12] von Stuttgart aus befehligte. Reinhardts Grundposition war: Verfassungen kommen und gehen – aber was ewig bestehen bleibt, ist die Reichswehr, die wird schon Ordnung schaffen.[13] Die Maßnahmen der Reichswehr waren primär gegen die demokratischen Kräfte gerichtet, und es kam zu erheblichen Einschränkungen der Grundrechte der Bürger. Die Militärs agierten auffallend nachlässig gegenüber rechter Gefahr und sahen in der Existenz proletarischer Hundertschaften und ähnlichen Selbstschutzorganisationen in Thüringen ein Sicherheitsrisiko für die Reichswehr-Truppen.

Reichsregierung und Reichswehr haben die Thüringer Landesregierung unter enormen politischen und militärischen Druck gesetzt. Das vereinbarte Koalitionsprogramm geriet zur Makulatur. In dieser Situation sahen sich die sozialdemokratischen Minister in der Verantwortung, politische Abenteuer und vor allem ein Blutbad zu vermeiden. Sie mahnten zu Besonnenheit: „Lasst die Reichswehr links liegen! Haltet die Straßen frei!“ Das Zurückweichen vor der Militärgewalt führte am 12. November 1923 zum Bruch mit den kommunistischen Ministerkollegen, die in einem äußerst polemischen „Manifest“ ihren Rücktritt erklärten. Tenor dieses Manifest war: Die SPD ward bezichtigt, mit ihrer „feigen Unentschlossenheit und Hinterhältigkeit … Thüringen wehr- und würdelos den Volksfeinden ausgeliefert“ zu haben.[14]

Im Kontext der politischen Auseinandersetzungen in einer extrem zugespitzten politischen Lage steht die Polizeiexekution, die Einheiten der Thüringer Landespolizei zwischen dem 3. und 11. November 1923 in Thüringen gegen die vom Militär verbotenen proletarischen Hundertschaften durchgeführt haben, um diese Formationen aufzulösen, zu entwaffnen und ihre Führer festzunehmen. Die Landespolizei (Bereitschaftspolizei), die formell zwar dem Innenministerium zugeordnet, jedoch inzwischen unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes der Reichswehr unterstellt worden war, handelte bei diesem Einsatz auf der Grundlage von Befehlen General Reinhardts und des für Thüringen zuständigen Kavalleriegenerals von Hasse.

Einheiten der Landespolizei schwärmten aus und bezogen auch in unserer Region (z. B. in Oberweißbach) Quartier. Am Nachmittag des 9. November 1923 sind dann in Bad Blankenburg mehrere LKW mit Landespolizei vorgefahren. Die gerade auf dem Bleichplatz (heute Areal der Stadthalle) zu militärischen Exerzierübungen versammelte proletarische Hundertschaft der örtlichen KPD wurde umzingelt. Ihre Anführer wurden festgenommen und auf dem Rathaus einem längeren Verhör unterzogen. Im weiteren Verlauf des Nachmittages sind mehrere Hausdurchsuchungen und acht Verhaftungen vorgenommen worden. Zu den Verhafteten, die zu Fuß nach Rudolstadt ins Gefängnis getrieben wurden, gehörte auch der Leiter der KPD-Ortsgruppe Bad Blankenburg, Otto Krätzschmar, der anschließend vier Monate im Kerker zubringen musste. Während der polizeilichen Maßnahme war die ganze Stadt für einige Stunden von der Außenwelt abgeschnitten worden, um ein Entfliehen Gesuchter zu verhindern.[15] Reichswehrsoldaten waren an diesem Einsatz noch nicht beteiligt.

Dr. Wolfgang Künzel

letzter Teil im nächsten Heft

[8] Saalfelder Volksblatt, 17.10.1923 und 03.11.1923.

[9] Lenin verstand unter „Diktatur des Proletariats“ eine „durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze und absolut keine Regeln eingeengte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht“ (Lenin: Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei), Lenin Werke Bd. 10, S. 244.

[10] Landeszeitung Rudolstadt, 07.11.1923

[11] Saalfelder Volksblatt, 13.11.1923

[12] Generalleutnant Walther Reinhardt (1872-1930) hatte 1918 den Schutz der Reichskanzlei gegen die Spartakisten organisiert. Als Vertrauter Gustav Noskes war er auf ein Loyalitätsverhältnis zwischen Reichswehr und rechter SPD-Führung bedacht.

[13] siehe Rede des Abgeordneten Hermann Brill vor dem Thüringer Landtag. Stenographische Berichte über die Sitzungen des II. Landtags von Thüringen. Band V, S. 5695

[14] Landeszeitung für Schwarzburg-Rudolstadt und angrenzende Gebiete, 13.11.1923

[15] a. a. O., 10.11.1923

Fotos: Simone Post

Meinungen, Beiträge, Kommentare, Kritiken für die nächste Ausgabe bitte bis 5.12. an: redaktion.anstoss@gmx.de

Der Anstoß ist auf Spenden angewiesen. Danke für deine Unterstützung!

IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

Anstoß
V.i.S.d.P.: Sascha Krüger • **DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt** • Saalstraße 38 – 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Um Spende wird gebeten! Redaktionsschluss: **21.11.2023** • Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember. • Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden. • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.
Impressum

Hinweis: Sollten Sie dieses Heft unerwartet in Ihrem Briefkasten gefunden haben und weiterhin am Empfang folgender Hefte interessiert sein, rufen Sie unsere Kreis-Geschäftsstelle an oder lesen Sie künftig online auf unserer Homepage!

public domain

NIMBY! DIE GESCHICHTE EINES FUNKMASTES

NOT IN MY BACKYARD! (ENGLISCH FÜR: NICHT IN MEINEM HINTERHOF!)

WER ODER WAS IST EIN NIMBY?

Ein NIMBY ist jemand, der ein Projekt nur wegen seiner (vermeintlich) negativen lokalen Auswirkung verhindern will, egal welche übergeordneten oder auch lokalen positiven Auswirkungen es haben könnte. Ein schönes Beispiel liefert gerade die Auseinandersetzung über die Neubaustrecke Hamburg-Hannover. Dort protestieren die Anwohner schon seit Jahren gegen eine von ihnen sachlich als „Y-Monster“ oder ähnlich bezeichnete Neubautrasse entlang der Autobahn 7 – insbesondere wegen des vermeintlich zu erwartenden Lärmes – gegen das dringend notwendige Ausbauvorhaben. Die Proteste sind dabei an Lächerlichkeit kaum zu überbieten. Niemand kann sich ernsthaft neben einer Autobahn in ein Brachland stellen und über Naturzerstörung und Lärm wegen der geplanten ICE-Strecke klagen. Diese Proteste sind daher nicht nur egoistisch (schließlich würde eine Neubaustrecke auch einer viel größeren Zahl von Personen nützen, als sie schaden würde, selbst wenn die Lärmfantasien der Anwohner zuträfen), sondern auch ohne Tatsachengrundlage. Es kann bei solchen Großbauprojekten keine Rücksicht auf die Befindlichkeiten von Anwohnern genommen werden, noch dazu, wenn diese vollkommen abwegig sind. Eine dem Verkehrsaufkommen auch in Zukunft genügende Alternative zur Neubaustrecke haben die Gegner natürlich nicht. Ein sinnvolles Ziel, für das sich auch lokal zu kämpfen lohnte, wäre es, einen Regionalbahnhof an der geplanten Schnellfahrstrecke zu errichten, wie es z.B. an der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm mit dem Bahnhof Merklingen-Schwäbische Alb geschehen ist.

Deutschland ist das Land der NIMBYs. Egal wo ein Großprojekt geplant wird, wird es, noch bevor überhaupt das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist, Gegenbündnisse geben. Gerade gegenüber dem dringend benötigten Bahnausbau schließen Umweltverbände, Anwohner und Lobbyisten einen bunten Reigen von Initiativen. Erst letztes Jahr wurden die letzten Klagen gegen den geplanten Fehmarnbelt-Tunnel vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen. Dort hatte sich eine Fülle von Gegenbündnissen gebildet, die zwar alle gegen eine feste Querung (Brücke oder Tunnel) waren, aber (selbstverständlich) keine sinnvolle Alternative anbieten konnten.

Wie konstruktiv ein Verfahren ist, lässt sich meist daran erkennen, ob einzelne, bedenkliche Punkte angegriffen werden und deren Änderung gefordert wird oder ob ein Projekt wegen einzelner, bedenklicher Punkte vollständig verhindert werden soll. Einen Kommentar zur Akkurecyclinganlage in Schwarza spare ich mir an dieser Stelle.

NIMBYS IN BAD BLANKENBURG?

Doch nun zum konkreten Anlass dieses Artikels in Bad Blankenburg. Zur 33. Sitzung des Stadtrates lag uns ein Beschlussvorschlag über die Verpachtung eines Grundstückes in der Nähe von Böhlscheiben an die Telekom vor. Auf diesem Grundstück sollte ein Funkturm errichtet werden, der der Versorgung des Schwarzatals mit Mobilfunk dienen sollte. Jeder, der schonmal in diesem Tal unterwegs war, wird die schlechte Erreichbarkeit bestätigen können. Für den rechtstreuen und sicherheitsbedachten Autofahrer, der natürlich während der Fahrt nicht am Handy ist, stellt das zwar kein Problem dar, aber spätestens, wenn man in diesem Tal verunglückt ist und Hilfe braucht, stellt man möglicherweise fest, dass man niemanden erreichen kann. Nicht mal ein Notruf lässt sich absetzen.

SCHÖNER STERBEN MIT AUSSICHT

Der Grund hierfür war bisher mangelnde Initiative der Mobilfunkbetreiber. Nachdem aber nun die Telekom endlich einen Mast errichten wollte und dazu an die Stadt herangetreten ist, müsste es ja nun im Interesse aller Beteiligten voran gehen. Doch dem war nicht so. Der Ortsteilrat von Böhlscheiben hat schon frühzeitig begonnen, Stimmung gegen das Vorhaben zu machen. Jedoch nur gegen den Mast für das Schwarzatal. Der andere Mast, der zur Versorgung von Böhlscheiben und Umgebung errichtet werden wird, war erstaunlicherweise in Ordnung. Dieses Messen mit zweierlei Maß scheint aber niemanden zu stören. Die Versorgung des Schwarzatals mit Mobilfunk wird schon als wichtig anerkannt, aber bitte doch nicht in der Nähe des eigenen Dorfes. Im Stadtrat wurde die Schönheit der Landschaft beschworen und dass ein Funkmast diese zerstören würde. Die Telekom war auch zu einer Stadtratssitzung anwesend und hat sowohl was die Gestalt des Mastes als auch was die Alternativen betrifft informiert. Die Debatte war jedoch von Anfang an auf Verhinderung gerichtet, was auch an den wenig konstruktiven Gegenvorschlägen erkennbar ist. So wurde von Mitgliedern des Stadtrates vorgeschlagen entweder den Mast, der sich ohnehin schon in einem Naturschutzgebiet befunden hätte, noch tiefer in dasselbe zu verlegen. Dies hätte dazu geführt, dass ein Weg dorthin hätte befestigt werden müssen und Tiefbauarbeiten für Strom- und Datenkabel wären dadurch auf wesentlich längerer Strecke erforderlich gewesen. Eine naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung wäre hierfür nie erteilt worden angesichts der Tatsache, dass ein viel geringerer Eingriff möglich wäre. Gleichzeitig würde der alternative Standort die Funkversorgung im Tal nicht wesentlich verbessern, weshalb es sinnlos wäre, an dieser Stelle einen weiteren Mast zu errichten. Andererseits sollten kleinere Funkzellen, wie diese in Innenstädten teilweise genutzt werden, entlang der Straße im Tal errichtet werden. Dies hätte zwar das Problem der Erreichbarkeit bei Unfällen in Straßennähe gelöst (es sei denn die Funkzelle wird durch den Unfall zerstört), hätte aber verunglückten Radfahrern oder Wanderern nicht weitergeholfen. Dann wurde erwartungsgemäß der Naturschutz ins Feld geführt, denn wie bereits gesagt, stünde der Mast in einem Naturschutzgebiet. Trotzdem wäre eine Ausnahmegenehmigung möglich und denkbar. Denn die Erreichbarkeit von Rettungskräften im Notfall hat jedenfalls nach der hier vertretenen Auffassung unbedingten Vorrang vor eventuellen Naturschutzbelangen. Dies zu prüfen wäre aber auch nicht Sache der Stadt gewesen. Durch die Verhinderung im Stadtrat konnte die zuständige Behörde gar nicht tätig werden. Es handelt sich hier also auch nur um ein Verhinderungsargument, welches die eigentlich zuständige Stelle gar nicht erst zu Wort kommen lassen soll, in der Gefahr, dass diese anders entscheidet als es einem selbst gefällt.

HIER BLEIBT ALLES SO WIE ES IST!

Nachdem der Stadtrat also die Entscheidung zweimal vertagt hat, hat er die Verpachtung in seiner 35. Sitzung vom 30. August endgültig abgelehnt. Denn die mit dem Beschluss verbundene Aufforderung, andere Standorte, zu prüfen, stellte effektiv nur einen schönen Begründungszusatz dar, der das eigene Gewissen beruhigen soll. Die Antwort der Telekom, die mir auf meine Anfrage hin vorliegt, stellt deshalb klar, dass die Planung für einen Mastneubau aufgegeben wird. Es bleibt daher bei der gewohnt schlechten Versorgung des Schwarzatals mit Mobilfunk. Die Leichtfertigkeit der Entscheidungsträger ist bestürzend. Es bleibt zu hoffen, dass niemand im Schwarzatal ernsthaft verunglückt, denn nicht an jeder Stelle kann Hilfe garantiert werden. Böhlscheiben bekommt aber voraussichtlich den Mast zur eigenen Versorgung mit einem weiteren Telekomsender aufgewertet. Egoismus lohnt sich.

„Heiliger Sankt Florian,
schon' unser Haus,
zünd' andere an.“

Paul Kurtzke

EIN ABEND MIT DER LANDTAGSPRÄSIDENTIN

VERANSTALTUNG MIT BIRGIT POMMER VOM 21. NOVEMBER IN BAD BLANKENBURG

Reflexion, Hoffnung, Aufbruchsstimmung – was als abschließende Formel für den Augsburger Parteitag dienen könnte, ist die beste Zusammenfassung unserer Veranstaltung mit Birgit Pommer am 21. November in Bad Blankenburg. Gemäß dem Motto „Wie steht's um Thüringen?" sprachen wir fast zwei Stunden lang über nahezu alles, was Bürger_innen und Genoss_innen im Kreis und im Land momentan beschäftigt; immer Mittelpunkt dabei: Birgits Blick

Will man eine ehrliche Einschätzung, wie es um Thüringen momentan steht, kommt man allerdings auch nicht um die Lage unserer Partei herum. Auch die wurde daher im Laufe des Abends zum Thema. Klar ist, dass vor allem eine starke Linke die wichtigste Kraft im Kampf gegen eine stärker werdende AfD ist. Die seit Jahren bestehenden und stets öffentlich ausgetragenen Konflikte innerhalb unserer Partei haben uns in diesem Kampf immer wieder geschwächt, ob-

v.l.n.r. Leon Schwalbe (Moderator)
Birgit Pommer (Landtagspräsidentin)
und Sascha Krüger (Kreisvorsitzender)
Foto: Birgit Pätzold

als Landtagspräsidentin, Abgeordnete, ehemalige Ministerin, ehemalige Landrätin und bis heute jahrzehntelange Kommunalpolitikerin auf all diese Ereignisse. Egal, ob die Kemmerich-Wahl am 5. Februar 2020, die vielen Gespräche im steten Balanceakt des inzwischen aufgekündigten Stabilitätspaktes mit der CDU, die schwierigen Verhandlungen für den Haushalt 2024 – Birgit war und ist immer irgendwie mittendrin. Ihre Sonderrolle dabei als Abgeordnete unserer Fraktion einerseits und überparteiliche Landtagspräsidentin andererseits gab uns immer wieder interessante Einblicke in die Abläufe der Thüringer Demokratie.

Auch Brücken zur kommunalen Ebene, dem „Herzstück der Politik", wie Birgit es nennt, hat sie dabei immer wieder schlagen können. Ergänzt wurde sie von Sascha, der als Kreisvorsitzender die Schlussfolgerungen für die Kommunen in unserem Landkreis zog.

wohl er bei den völlig niedergerissenen Brandmauern von CDU und FDP in Thüringen wichtiger denn je ist. Doch diese Konflikte können nun vorbei sein.

So wie Birgit von 1999 an dreimal den Kampf um das Landtagsdirektmandat in Nordhausen gegen ihren Mitbewerber von der CDU verlor, um ihn 2012 schließlich in der Landratswahl zu schlagen, können wir als Partei wieder aufstehen und glaubwürdig linke Politik machen – die Ampel in Berlin macht das dringend nötig, die CDU in Erfurt sowieso.

Was wir dafür brauchen, ist die notwendige Reflexion, ein gutes Stück Hoffnung und die Aufbruchsstimmung, die nicht nur von Augsburg, sondern auch von Bad Blankenburg ausging. Und natürlich Birgit, Bodo, uns und euch. Gemeinsam und geeint gelingen uns die kommenden Wahlen – auch das dürfte eine Lehre aus Augsburg und Bad Blankenburg sein.

Leon Schwalbe

ENERGIESYSTEM UMFASSEND REFORMIEREN!

REDE VON MDB RALPH LENKERT (DIE LINKE) AM 10. NOVEMBER IM BUNDESTAG

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen!

Ich will 2040 noch angeln können. Ich will, dass es dann auch noch Dorsche in der Ostsee gibt. Ich will im Sommer nicht 40 Grad Celsius in meiner Wohnung haben. Ich will eine regionale Stromerzeugung.

Ich will keinen ungezügelten Übertragungsnetzausbau. Und ich will eine funktionierende, bezahlbare Energiewende.

Der geplante Übertragungsnetzausbau ist falsch. Er beruht auf falschen Motiven. Würden die Eigentümer der Starkstromnetze nicht fette garantierte Renditen kriegen, hätten sie nicht eine neue Stromtrasse von Schleswig-Holstein nach Bayern geplant und transportierten gleichzeitig Strom aus Sachsen-Anhalt nach Hamburg. Sondern Deutschland könnte Tausende Tonnen Kupfer, Stahl und Zement sparen, indem man ressourcensparend eine kurze Trasse von Schleswig-Holstein nach Hamburg baut und die vorhandene neue Stromtrasse von Sachsen-Anhalt über den Thüringer Wald bis nach Bayern endlich auch in Bayern erweitert.

Ich will, dass diese Bundesregierung anfängt, zu denken. Dann würde sie endlich mehrere Stromgebotszonen einführen, statt 5,5 Milliarden Euro für eine einheitliche Stromgebotszone auszugeben, die nur süddeutschen Großkonzernen nutzt.

Sie könnte stattdessen mit dem Geld die Stromsteuer auch für Haushalte abschaffen.

Während Investoren mit Windparks Profite einstreichen, leiden die Anwohner wegen des örtlichen Netzausbaus unter erhöhten Strompreisen. Eine verpflichtende Abgabe an Kommunen von circa 15.000 Euro je Windrad und Jahr und ein Preisbonus für Anwohnerinnen wären gute Ideen.

Im ersten Quartal 2023 mussten Windräder oft stehen, weil mehr Strom erzeugt als gebraucht wurde. 24 Prozent der möglichen Erzeugung wurden bezahlt und weggeworfen. Strom nutzen statt abregeln wird trotzdem mit bürokratischen Hürden verhindert, und die Sachverständigen stellten fest: Die Lösung der Bundesregierung ist die beste in einem schlechten, verkorksten System. Ich will, dass die Bundesregierung davon Abstand nimmt.

Zum 30. Juni schafft die Bundesregierung die Gewinnabschöpfung für Energiekonzerne ab. Die Besteuerung von 100 Milliarden Euro Krisengewinn der Konzerne hat die Bundesregierung verhindert. Und jetzt bricht sie die Zusagen und erhöht die Mehrwertsteuer auf Gas- und Fernwärme nicht erst im April, sondern zum 1. Januar 2024. Das heizt Energiearmut an, treibt die Inflation nach oben und zerstört letztes Vertrauen.

Dauerhaft nur 7 Prozent Mehrwertsteuer auf alle Heizungen und Steuern auf Extragewinne - das will DIE LINKE.

Ich will, dass diese Bundesregierung endlich anfängt, sozial zu denken. Über 13.000 jährliche Eingriffe in das Stromsystem - ja, aber die meisten davon wegen Handel und Spekulation an den Strombörsen - erhöhen die Stromkosten für alle.

Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite, denken Sie mal nach: 14.000 Eingriffe im Jahr würde bedeuten, dass sich alle 45 Minuten das Wetter ändert, wenn die Erneuerbaren schuld wären. Das kann ich nicht feststellen.

Mehrere Fast-Blackouts wegen profitgetriebener Manipulation am Strommarkt gefährden die Versorgungssicherheit. Ich will, dass die Bundesregierung anfängt, Risiken zu berücksichtigen und auszuschalten, und Spekulation am Strommarkt verhindert.

Kolleginnen und Kollegen, Energie ist - wie Gesundheit, wie Bildung - Daseinsvorsorge, und Daseinsvorsorge muss der Profitlogik entzogen werden, muss der Gesellschaft gehören. Das will ich, das will DIE LINKE; aber daran ist mit dieser Koalition und dem Rest des Hauses leider nicht zu denken.

Vielen Dank.

Termine

Fr 01. Dez 2023 • 00.00 Uhr
• meteorologischer Winteranfang

Sa 02. Dez 2023 • 14.00 -18.00 Uhr
Büro Bad Blankenburg
• geöffnet anlässlich Adventsmeile der Stadt, u.a. Stand des Verlags THK mit Frank Kuschel

Di 05. Dez 2023 • 16.00 -19.00 Uhr
Büro Bad Blankenburg
• Sprechstunde für Interessierte

Di 05. Dez 2023 • abends
zu Hause
• Schuhe (besser noch: Stiefel) putzen und rausstellen

Do 14. Dez 2023 • 15.00 Uhr
Weltladen Saalfeld
• Treff am Donnerstag

Mi 20. Dez 2023 • 18.30 Uhr
• BO-Mitglieder-Treffen Stadt Saalfeld

Fr 22. Dez 2023 • 04.27 Uhr
• astronomischer Winteranfang: Die Tage werden wieder länger!

So 31. Dez 2023 • Silvester

Mo 01. Jan 2024 • Neujahr

Do 11. Jan 2024 • 15.00 Uhr
Weltladen Saalfeld
• Treff am Donnerstag

Mi 17. Jan 2024 • 18.00 Uhr
• Linker Treff hybrid

Mi 24. Jan 2024 • 18.30 Uhr
• BO-Mitglieder-Treffen Stadt Saalfeld

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags
werden im Internet per Livestream übertragen, u.a. auf der Seite unserer Landtagsfraktion www.die-linke-thl.de

Mi 6. Dez 2023 • 14.00-21.00 Uhr
Do 7. Dez 2023 • 09.00-20.00 Uhr
Fr 8. Dez 2023 • 09.00-20.00 Uhr

Mi 13. Dez 2023 • 14.00-21.00 Uhr
Do 14. Dez 2023 • 09.00-20.00 Uhr
Fr 15. Dez 2023 • 09.00-20.00 Uhr

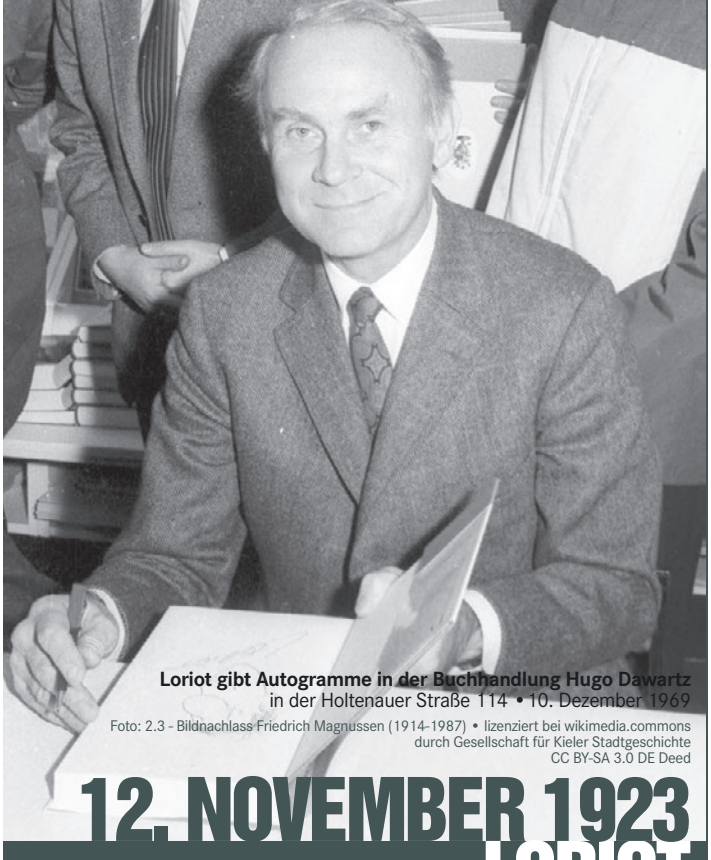
Treff am Donnerstag

Wie weiter mit der LINKEN? Das war das heiß diskutierte Thema zum Donnerstagstreff im November. Nun haben in Augsburg die 2. Tagung des 8. Bundesparteitags und die Aufstellung der Liste zur Europawahl 2024 stattgefunden. Diese, die Gesamtmitgliederversammlung unseres Kreisverbands und die Aufstellung der Direktkandidaten für die Landtagswahl bieten breiten Raum für weitere Gespräche.

Der letzte Treff des Jahres findet am 14. Dezember statt, der folgende am 11. Januar 2024 – wie immer um 15 Uhr im Weltladen Saalfeld. Natürlich gibt es wieder fair gehandelten Kaffee und Tee. Plätzchen, Waffeln und Schokolade aus fairem Handel sind im Laden ebenfalls zu finden.

Willkommen beim Treff am Donnerstag ist jede Genossin, jeder Genosse, jede Sympathisantin und jeder Sympathisant – egal, ob im ['solid]-Alter, schon in Rente oder irgendwo dazwischen.

nächste Treffs:
Do 14. Dezember
und danach Do 11. Januar
jeweils ab 15 Uhr
Weltladen Saalfeld



Loriot gibt Autogramme in der Buchhandlung Hugo Dawartz in der Holtenauer Straße 114 • 10. Dezember 1969

Foto: 2.3 - Bildnachlass Friedrich Magnussen (1914-1987) • lizenziert bei wikimedia.commons durch Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte
CC BY-SA 3.0 DE Deed

12. NOVEMBER 1923 LORIOT

Am 12. November 1923 wird **Bernhard-Viktor Christoph-Carl von Bülow** in Brandenburg an der Havel geboren. Sein Vater ist ein preußischer Polizeioffizier, die Mutter Tochter eines Majors. Die Eltern lassen sich 1928 scheiden. Von Bülow und sein ein Jahr jüngerer Bruder wachsen bis 1933 bei der verwitweten Großmutter auf, dann beim Vater in Berlin, der inzwischen wieder geheiratet hat. 1938 zieht die Familie von Berlin nach Stuttgart.

Mit 17 verlässt von Bülow das humanistische Gymnasium mit dem Notabitur (Kriegsabitur).

Der Familientradition folgend beginnt er eine Offizierslaufbahn, eingesetzt an der Ostfront. Sein Bruder fällt am 21. März 1945 im Oderbruch.

Nach dem Krieg arbeitet von Bülow ein Jahr als Holzfäller, um Lebensmittelmarken zu bekommen, dann folgt ein Übergangskurs, um aus dem Notabitur ein reguläres zu machen, das zum Hochschulstudium berechtigt.

Von 1947 bis 1949 studiert er Malerei und Grafik an der Kunstakademie Hamburg.

Ab 1950 ist er als Cartoonist tätig, entwirft das Knollennasenmännchen und verwendet den Künstlernamen Loriot. (Das ist das französische Wort für Pirol, das Wappentier der von Bülows.)

Loriot ist als Schauspieler, Moderator, Regisseur, Bühnen- und Kostümbildner tätig, dreht unzählige Cartoons sowie zwei Spielfilme. (All dies hier aufzuzählen sprengt leider den Raum unserer historischen Ecke.)

Loriot stirbt am 22. August 2011 in Ammerland am Starnberger See.

In einem Interview gefragt, ob er im Zweiten Weltkrieg ein guter Soldat gewesen sei, antwortet Loriot:

„Nicht gut genug, sonst hätte ich am 20. Juli 1944 zum Widerstand gehört. Aber für den schauerlichen deutschen Beitrag zur Weltgeschichte werde ich mich schämen bis an mein Lebensende.“

Was brauchst Du, um gern in Deiner Gemeinde, Deiner Stadt, unserem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt zu leben?

Alle Vorschläge wollen wir sammeln. Du hast Probleme? Lass uns gemeinsam nach Lösungen suchen! Du triffst uns

an jedem 1. Dienstag des Monats von 16 bis 19 Uhr in unserem Büro in Bad Blankenburg, Kirchplatz 1.

Wir freuen uns auf Dich, auf Euch!

Zitat des Monats:

Solange sich aber die bürgerliche Gesellschaft erzählt, dass eigentlich alles in Ordnung sei, wenn die Rechten nur nicht so stark wären, bereitet sie den Boden für jene Ressentiments, die jetzt als Rechtsruck dargestellt werden.

Alex Struwe, Redakteur und Essayist nd-online vom 6.10.23

JUGEND- UND WAHLKREISBÜRO “HASKALA”
KATHARINA KÖNIG-PREUSS (MDL)
SAALSTRASSE 38 • 07318 SAALFELD
TEL.: 03671 - 515489 • FAX: 03671 - 515490

www.haskala.de • info@haskala.de

השכלה HASKALA

Mo 14 -18
Di 10 -15
Do 13 -18
Fr 10 -15